

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

17. Februar 2017

Gert Bork ☎ 0281-64355
www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Kommunen und Kreise sollen endlich gemeinsam aktiv werden

Veranstaltung des Kreises Wesel am 2. März 2017 bietet große Chance dazu

- Es treffen sich die Verantwortlichen, um eine "einheitliche Positionierung der Betuwe-Anlieger-Kommunen gegenüber den Entscheidungsträgern" zu formulieren
- Alle sieben Betuwe-Kommunen und beide Kreise müssen als starke Gemeinschaft mit Nachdruck mehr Geld für Sicherheit und aktiven Lärmschutz vom Bundestag fordern, konkret 190 Millionen €
- Geld ist genug vorhanden, es muss laut parlamentarischem Staatssekretär Enak Ferlemann nur abgerufen werden (in seiner Rede beim ersten Spatenstich am 20.01.2017 in Oberhausen). Auch laut MdB's Dr. Krüger und Weiss ist das Geld da – beim NRZ-Forum Wesel am 27.04.2015.

Nicht zuletzt aufgrund der Forderungen der Bürgerinitiativen im Kreistag Wesel lädt der Kreis Wesel die sieben Betuwe-Anlieger-Kommunen und die beiden Kreise am 2. März 2017 in Voerde zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein. Um 19 Uhr in der Aula des Gymnasiums Friedrichsfeld.

Aus unserer Sicht kann und muss an diesem Tag endlich ein substanzieller Anstoß gemeinsam von allen Kommunen kommen, wie ihn die Bürgerinitiativen seit vielen Jahren eindringlich und immer wieder fordern.

An dem Tag dieser Veranstaltung sind der Oberbürgermeister aus Oberhausen, die beiden Landräte aus den Kreisen Wesel und Kleve sowie hoffentlich die Bürgermeisterin von Wesel und alle anderen Bürgermeister anwesend. Dann sollte ein Appell beschlossen werden, ähnlich dem von allen Kommunen unterstützten „Niederrheinische Appell“ der Bürgerinitiativen von 2013, unterzeichnet im Rathaus Hamminkeln.

Der Appell sollte einen konkreten Geld-Abruf aus dem Bundeshaushalt enthalten, denn der parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann hat ja beim ersten Spatenstich in Oberhausen öffentlich gesagt "Geld sei da, es muss nur abgerufen werden". Von den Feuerwehren werden für zeitgemäße Sicherheit 40 Millionen Euro und für durchgängigen aktiven Lärmschutz von erfahrenen Planern der Deutschen Bahn AG rund 10 % der Baukosten (also 150 Millionen Euro) geschätzt. In Summe 190 Millionen Euro.

Mandatsträger über alle Parteigrenzen hinweg können und müssen aus unserer Sicht diese Forderung erheben, für die Gesundheit hunderttausender Menschen über viele Generationen. Denn was sollen sonst die Ankündigungen der Bundestagsabgeordneten, wenn sie keiner beim Wort nimmt?

Wir empfehlen allen Bürgern von Oberhausen bis Emmerich, der Einladung des Landrates Dr. Müller nach Voerde zu folgen und dort die Politiker beim Wort zu nehmen.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuer zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.